

Correspondent

Erscheint
Dienstag, Donnerstag,
Sonntags.
Jährlich 150 Nummern.

für

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.
Preis
vierteljährlich eine Mark.

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

XXXIV.

Leipzig, Dienstag den 19. Mai 1896.

№ 56.

Wider Lust, Ficht und Keullichkeit.

Eine wahre Hochstut von Einwürden, darunter solche lächerlichster Art, hat der vom Bundesrate veröffentlichte Entwurf von Vorschriften für die Einrichtung von Buchdruckereien und Schriftgießereien zeitig. Die deutschen Buchdruckereibesitzer nehmen ihm gegenüber wieder einmal die Gelegenheit wahr, um als Zeitungsherausgeber die öffentliche Meinung zu ihren Gunsten zu beeinflussen, bezw. das Publikum mit den „am grünen Tisch ausgeheckten und diezerhalb einer jeden Spur von Sachkenntnis ermangelnden Plänen“ zu vergraulen. Der harmlose Spudnapf abanciert zum roten Lappen, vor dem die Regierung scheuen soll und unter der Devise „nach den Vätern die Buchdrucker“ wird eine Agitation entfaltet, die tatsächlich darthut, daß die Arbeitgeber des letztern Gewerbes den unferigen in puncto Arbeiterfreundlichkeit kein Zota nachstehen noch voraus sind.

Die ersten Spuren dieser wüsten Agitation weisen, wie alles, was vom Uebel ist, auf die Druckmetropole an der Pleiße hin. Schon zu Ende vorigen Monats stellte das Leipziger Tageblatt in einem inspirierenden Artikel das Reglement als „sozialdemokratisch“ dar. Es sei ein bewährter Kunstgriff der sozialdemokratischen Führer, unerfüllbare Forderungen an die gesetzgebenden Körperschaften zu stellen. Würden diese Forderungen abgelehnt, gebe dies willkommene Gelegenheit, die „Arbeiterfreundlichkeit der herrschenden Klassen“ mit den schwärzesten Farben zu malen. Diezerhalb müßten die Kreise, die sich dazu berufen fühlten, durch soziale Reformen der Sozialdemokratie das Wasser abzugraben, gewarnt werden. Von einer Frucht solcher Warnungen sei aber leider wenig zu verspüren, denn fast täglich begegnete man neuen Reformvorschlügen, die, sei es infolge mangelhafter Sachkenntnis, sei es infolge Uebereifers, ein Uebermaß von Forderungen enthielten und die sozialen Gegensätze verschärfen, statt ausgleichend. So natürlich auch der Entwurf bezüglich der Buchdruckereien und Schriftgießereien! Im Anschlusse daran wird dann die Unmöglichkeit der Ausführung dargethan und auf andere Verufe, z. B. die Tabakbranche hingewiesen, in denen die sanitären Verhältnisse schlechter seien als in demjenigen der Buchdrucker. Auch sei es zur Beseitigung gesundheitlicher Zustände angebracht, das Mindestmaß, aber nicht das Wünschenswerte des dazu Erforderlichen zu verlangen. Immer nur so wenig als möglich — die alte Parole!

Auf das gegebene Signal aus Deutschlands Großdruckstadt stürzt sich nun ein ganzer Chorus von Blättern und Blättchen auf die „übersüßige und deshalb schädliche Verordnung“. Nur einige Proben hier. Die in Viefelseld erscheinende Neue Westf. Volkszeitung veröffentlicht von dem Entwurfe ganze zwölf Zeilen, knüpft daran aber nachstehende Kritik:

„... Hiernach kann ein Buchdruckereibesitzer eigens einen Beamten anstellen, der die Spudnapfe und Handtücher kontrolliert und sich vor dem Frühstück die Hände der Seher zeigen läßt, ob sie auch hübsch rein gewaschen sind. Wenn sich ein Seher die Hände, nachdem er die Schrift mit dem Schwamm angefeuchtet hat, an der blauen Schürze abtrocknet, so ist er natürlich in Strafe zu

nehmen. Zum Markenleder soll also noch der Hände- und Spudnapfkontrolleur hinzukommen. Hält man denn am grünen Tisch unsere Seher, die doch zu den gebildetsten und wohlgezogensten Arbeitern gehören, für Schulknaben? Es ist hier wirklich schwer, keine Satire zu schreiben. Wo ein Buchdruckereibesitzer den Pflichten streng entsprechen würde, die ihm dieses Reglement auferlegt, da wäre es mit dem Friebe zwischen Prinzipal und Arbeiter bald am Ende. (?) Denn welcher Seher wird sich eine solche Kontrolle ohne Knirschen seit es inwendigen Menschen gefallen lassen? Zurückgeführt werden könnte überdies das Reglement nur in großen, neu eingerichteten Druckereien, die kleineren Betriebe würden darüber zu Grunde gehen. (?) So charakterisiert sich das Reglement als ein neuer Schlag gegen den Mittelstand. Wir bitten den Bundesrat deshalb, es a limine abzuweisen.“

Ebenso nichtsagend fällt auch die Augsburger Abendzeitung über „die neueste soziale That der Reichsregierung“ her:

„... bei aller Anerkennung, Mißstände zu beseitigen, muß man doch darüber staunen, mit welcher Unkenntnis der Verhältnisse des praktischen Lebens da vom grünen Tisch aus Zustände zu regeln versucht werden, die einer Regelung gar nicht bedürfen oder die nach einer Schablone gar nicht geregelt werden können, ohne daß die Interessen der Arbeitgeber wie der Arbeiter ohne Not aus empfindlichste geschädigt werden. Man weiß in der That im ersten Augenblicke nicht recht, soll man lachen oder sich ärgern, wenn man liest, was da alles vom Arbeitgeber verlangt wird. ... Wehe dem Arbeitgeber, der nicht dafür sorgt, daß die Seher oder die Faktoren in der Druckerei oder die Waschinmeister oder die Stereotypenreue sich jedesmal, bevor sie ein Butterbrot verzehren oder ein Glas Bier zu sich nehmen, die Hände waschen! Man ist versucht, zu glauben, daß solche Vorschriften sich nicht auf Betriebe beziehen, in welchem erwachsene Männer beschäftigt sind, sondern auf eine Kleintinderbewahranstalt. ... Auf je fünf Arbeiter muß eine Waschgasse vorhanden sein — wenn also in einem Seheraal, in welchem zwanzig Seher arbeiten, zwei laufende Brunnen mit Abflußrohr vorhanden sind, so genügt das nicht, es müssen entweder vier Brunnen sein, oder es müssen noch zwei Waschbecken aufgestellt werden. Das Wunderbarste aber ist die Spudnapf-Verordnung! Auf je fünf Arbeiter muß ein mit Wasser gefüllter und täglich zu reinigender Spudnapf aufgestellt werden. Nun stehen die Schriftgießer, da sie an breiten Kästen arbeiten, ziemlich weit auseinander, so daß von den fünf Sehern mindestens drei sich von ihrem Kasten entfernen müssen, wenn sie den Spudnapf benützen wollen; wer glaubt, daß das regelmäßig geschieht, namentlich in Zeitungsdrukereien, wo in der letzten Stunde vor Druckbeginn mit der Anspannung aller Kräfte gearbeitet werden muß, um rechtzeitig in die Presse zu kommen, der hat eben keinen Begriff von den thatsächlichen Verhältnissen. Dazu kommt noch, daß in dem Betrieb insbesondere einer Zeitungsdrukerei die mit Bürstenabjügen umherrennenden Lehrlinge und Laufburschen diese wassergefüllten Spudnapfe dundemmale des Tages umstoßen würden. Es klingt komisch, aber es ist zweifellos, daß das Ziel, das sich die Verfasser des Entwurfs gesetzt haben, nur dadurch vollkommen erreicht werden könnte, daß man jedem Arbeiter einen Spudnapf an den Leib hängt. Diese übertriebene Sorge kontrastiert eigenmächtig mit der täglich zu beobachtenden Thatfache, daß in unseren Wirtschaftshäusern, in gewöhnlichen Biertheipen sowohl, als in feineren Cafés und Restaurants die Leute hundenlang sitzen und ansatzlos auf den Boden spuden, ohne daß die hohe Obrigkeit bis jetzt darin eine Gefahr für die öffentliche Gesundheit erblickt und die Bitte dafür verantwortlisch gemacht hätte. — Weit ernster, als diese fast komisch anmutenden Einfälle eines aus Rand und Band geratenen Regulierungsdranges ist die Forderung, daß die Werkstätten für jeden Arbeiter mindestens fünfzehn Kubikmeter Luftraum bei drei Meter Höhe haben müssen. ... und was heißt man überhaupt mit solchen übertriebenen Forderungen zu erreichen? Die großen Betriebe werden auch damit fertig, der Großbetrieb, der mit großen Mitteln arbeitet und aus Maschinen und Arbeitern das denkbare mögliche heraus-

schindet, überwindet auch diese Hindernisse. Aber die mittleren und kleinen Betriebe tragen solche Lasten schwer, gehen unter Umständen darüber zu Grunde. Und wenn ist damit gebient? Dem Staate nicht und den Arbeitern auch nicht. Letztere empfinden zudem die Zustände, die durch oben angeführte Bestimmungen beseitigt werden wollen, nicht als Uebelstände, dagegen haben sie, genauer gesehen, ein erhebliches Interesse daran, daß der Unternehmer nicht durch eine solche ganz zwecklose Erhöhung seiner Betriebskosten genötigt werde, in anderer Hinsicht genauer und knapper zu rechnen. ... Das möge man ja nicht außer acht lassen und das Gewerbe nicht ganz zu Tode reglementieren. Man beseitige wirkliche Uebelstände, aber man lasse doch gefälligst die Kirche beim Dorfe.

Der Ansturm hat denn auch schon in Bayern im Gefolge gehabt, daß, wie bereits in Nr. 54 gemeldet, die dortige Regierung neuerdings Erhebungen über die einschlägigen Verhältnisse anstellte, obwohl der Entwurf dem Bundesrate schon bereits fix und fertig ausgearbeitet vorliegt. Darob große Freude in allen Druckalästen.

Man sollte es kaum für möglich halten, daß gebildete Menschen wie Zeitungsredakteure bezw. Zeitungsverleger die einfachsten Bedingungen der Keullichkeit, wie z. B. die Benutzung eines Handtuches oder des Spudnapfes, zur Zielscheibe sauler Witze machen können. Würde kein Bedürfnis danach vorhanden und deren Mangel heute in den Druckereien nicht zu verspüren sein, dann wären wohl auch nicht Forderungen danach erhoben worden. Wir bezweifeln, daß die Herren Kritiker diese selbstverständlichen Forderungen in gleicher Weise beurteilten, wenn sie selber den ganzen Tag über in den Arbeitsräumen anstatt den vielfach komfortabel eingerichteten Kontors verbringen müßten. Doppelt unverständlich ist uns aber, daß Organe, wie die Soziale Praxis, das „Zentralblatt für Sozialpolitik“, schreiben kann, die Vorschrift bezüglich des Spudnapfes sei wie geschaffen, um ein Gruppenbild im Kladderadatsch hervorzurufen! Ja, wenn der Gesetzentwurf sich nicht auf den Buchdruckereibetrieb erstreckte, dann würde vielleicht eine „Arbeiterchutz-Verordnung, die einen Betrieb bis in seine kleinsten Kleinigkeiten“ regeln will, nicht dem Fluche der Väterlichkeit verfallen, sondern auch für die so urteilende Soziale Praxis sehr wahrscheinlich der Ausfluß einer weisen arbeitersüorglichen Sozialpolitik sein. Uebrigens sind gerade die kleinsten Kleinigkeiten des Entwurfs, weil mit den geringsten Opfern verknüpft, am ehesten durchführbar. Schlimm genug, daß trotzdem erst behördliche Verordnungen erlassen werden müssen, um diese kleinsten Kleinigkeiten zu regeln. Daraus ist aber gerade ersichtlich, daß weder die von dem letztern Blatt in Betracht gezogene Schaffung einer zuverlässigen Inspektion über die Befolgung der bestehenden Arbeiterschutzvorschriften noch die Gewährung des freien Vereinsrechtes an die Arbeiter helfen werden, wenn der Druck von oben fehlt. Daß Vernunftgründe dies allein nicht bewerkstelligen, sehen wir ja deutlich an dem Verhalten der deutschen Buchdruckereibesitzer und Verleger, welche zwar mit arbeitersüorglichen Worten, solange sie billig, nicht sparen, wohl aber angeblich zu Grunde gehen, wenn sie den Beutel aufstun sollen.

Auf die speziellen Einwände des D. B. W. in seiner Petition an den Bundesrat kommen wir in einem weitem Artikel zurück.

„harmonische Zeitalter“ sei erreicht, wenn die Prinzipale schon über die Berechtigung der Streiks mit urteilen. Es zeige sich eben bei dem Plane, von dem Herr Ramm rühmte, daß er seit Jahren schon in der Schublade der Prinzipalstellung liege, daß uns Gehilfen die Prinzipale in der Diplomatie „über“ seien. Das sei nur natürlich. Sie strengten sich ja das ganze Jahr über an, ihre Personale „diplomatisch“ zu behandeln und auch ihre kaufmännische Thätigkeit, der geschäftliche Verkehr mit den Auftraggebern bedinge ihre Ueberlegenheit im Markte. Deshalb erkläre Redner, daß das ganze Verhandeln, unsere gesamte Diplomatie gegen die Prinzipale bankrott gemacht habe. (Sehr richtig! Allgemeine Zustimmung.) Darum müsse zu einem Systemwechsel gegriffen werden (Sehr richtig!), der in der Folge zu diskutieren sein werde. Vorläufig wollen wir keine Pläne unterstützen, die den Zweck haben, den Verband zum Abanken zu bringen. Wir wollen nicht den Prinzipalen eine Kriegskasse schaffen, wie sie großartig für Unternehmerrzwecke nicht gedacht werden könne. Die gemeinschaftliche Tarifklasse solle ein integrierender Teil des Tarifs werden, derartig, daß jeder tarifstreue Prinzipal und Gehilfe auch in sie zu steuern habe. So sollen die Gehilfen ihre Kollegen und die Prinzipale mit in die große Klasse drängen, eine Neuaufgabe jener, welche der D. V. B. allein nicht auf die Strümpfe bringen kann! Diese unerlösten Pläne fordern unsere Losung für immer. Wir dürfen keine Institutionen errichten helfen, die sich schließlich wie der unter Mithilfe der Gehilfenchaft errichtete Arbeitsnachweis in Leipzig nach den eigenen Worten des Herrn Ramm zu einer Zuchtstätte für die Gehilfenchaft ausgestalten. Denn sobald wieder der vorauszuweisende Fall wie 1891 einträte, daß die Gehilfen sich von den gemeinschaftlichen Einrichtungen zurückziehen müßten, wirtschaften die Prinzipale mit den Anhalten gegen die Gehilfen weiter. So haben wir denn in der jetzigen Bewegung den Krug bis auf die Reige geleert und der letzte Kollege wird endlich einsehen, wie ruinös es für uns wird, uns mit den Gegnern einzulassen. Ich persönlich habe bis jetzt in der Bewegung meine Meinung hinter diejenigen anderer zurückgestellt. Hätten die Prinzipale ihre Zugabe ehrlich gehalten und nichts Widersinniges verlangt, so hätte auch ich mich mit dem Resultate zufriedener gegeben. Aber nach den gemachten Erfahrungen muß ich, fühle ich mich dazu unabänderlich verpflichtet, öffentlich zu erklären, daß wir umkehren und Blut schaffen müssen. Das System der „friedlichen“, lang hingezogenen Verhandlungen ist veraltet, gleicht der lebernen Kanone gegen ein modernes Kruppiges Geschütz. Ich erkläre nun heraus, die Taktik muß geändert, das reine Gewervereinsprinzip herausgehört werden. (Sehr gut! Beifall.) Wir wollen es einfach für die Zukunft vermeiden, daß man uns während des besten Zeitpunktes für das Borgehen mit schönen Versprechungen fittet, um uns nachher auszuladen. (Sehr gut!) Wir haben gelernt und wollen nichts vergessen. Es liegt mir fern, Bewegungen heraufzubeschwören, ich bin kein Heißhörn und will bei den Prinzipalen, bei denen ich so gefürchtet bin, keinen Zweifel darüber lassen, daß ich nicht zum Streik reize, aber ich will verhindern, daß dem Verbanne die Aktionsfreiheit, die Lage seiner Mitglieder entsprechend der Konjunkturen gerecht zu verbessern, geraubt wird. Deshalb schlage ich ihnen, entgegen dem Vorschlage der Elite der hiesigen Gehilfenchaft, unsere Vertreter zurückzugeben, die Annahme folgender Resolution vor: „Die heutige allgemeine Buchdrucker-Versammlung zu Leipzig verlangt, daß die gegenwärtigen Tarifvereinbarungen nicht länger als von Jahr zu Jahr gelten, derartig, daß sie zum erstenmale mit Ende 1896 ablaufen. Wird von keiner Seite eine Aenderung beantragt, so gelten sie jedesmal ein Jahr weiter. Die Versammlung spricht sich entschieden gegen die Schaffung eines Tarifamtes und einer tariflichen Nebenorganisation aus, weil die Pflege der Tarifangelegenheiten Aufgabe der Organisationen beider Parteien ist und vermeint jedes materielle Opfer für solche Nebenorganisation. Die Versammlung gibt dem Gehilfenvertreter auf, in diesem Sinne sein Mandat auszuüben.“ Redner erläuterte sodann noch den gestellten Antrag dahin, daß nach demselben, wenn die Prinzipale es ehrlich meinten und den Tarif loyal durchführten, sie für längere Zeit Ruhe haben könnten. Außerdem müßten auch wir Gehilfen unter allen Umständen die Wirkung der verschieblichen Tarifbestimmungen ausprobieren und dürfen unmöglich, wenn sie, wie schon jetzt bewiesen, den Gehilfen zu einem Zanfapel würden, diesen fünf Jahre lang uns verfeinden lassen. Andererseits solle durch den letzten Teil des Antrages der Simpelci ein Ende bereitet werden, von der nach und nach unsere Besten angezogen und angegriffen worden seien. Es handle sich darum, nummehr volle Klarheit zu schaffen, ob wir auf dem Boden Hirsch-Dunderscher Harmonieeligkeit ständen oder ob es richtig ist, was jeder Kollege täglich am Rastener erfahre, daß die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit nun einmal unüberbrückbar seien und ob wir also nach dieser Erkenntnis unser Verhalten einzurichten hätten! (Stürmischer Beifall!) Kollege Tanneberger erklärte, die Berliner Luft würde an dem bisherigen Resultate nichts ändern. Man solle deshalb die Vertreter zurückziehen. (Beifall!) Er habe sich den Vorschlag reichlich überlegt, könne aber zu keinem andern Resultate gelangen. Es wäre sogar notwendig, jetzt selbständig zu handeln, um nicht in das Hirsch-Dundersche Fahrwasser zu geraten. Er für seine Person glaube nicht an das von Herrn Ramm den

Gehilfenvertretern gepredigte tausendjährige Reich, in dem nur Friede und Eintracht herrsche, wodurch ja unser Streben nach dem Zukunftsstaate ganz überflüssig werde. Man solle den Prinzipalen ihre Pläne belassen und mit dem Verhandeln für alle Zeiten brechen. (Lebhafter Beifall.) Kollege Köhler: Der Gang der Sache giebt meinen früheren Ausführungen recht. Auch ich bin der Meinung, daß es das Richtige sei, wenn unser Vertreter sein Mandat sofort niederlegt. Die Prinzipale müßten unter sich zusammenbrauen, was sie Lust haben. Wenn sie es ehrlich meinten, liesse sich darüber reden, so aber ist angedacht die ehrenwortliche Versicherungen nur eine ungetreue Handlungsweise zu konstatieren. (Lebhafte Zustimmung.) Außerst bedauerlich sei es auch, daß in der Kommission ein Vertreter sisse, der einem Wiener, der uns die Jahre so schmählich bekämpfte, den Dank der Gehilfenvertreter durch Erheben von den Sitzen ausgesprochen wissen wollte, was ja auch geschah. Auch ich bin der Ansicht, daß eine andere Taktik im Verbanne eingeschlagen werden muß. Mit der Untänbigung von Maßregeln sollte man an dieser Stelle nicht operieren, denn dies mache die Prinzipale gegenüber den organisierten Arbeitern nach wie vor so wie so wie sie es können. Redner kritisiert dann weiter das Verhalten des Verbandsvorsitzenden und vertritt nochmals die Notwendigkeit der sofortigen Mandatsniederlegung seitens der Gehilfenvertreter. (Lebhafte Beifall.) Kollege Schneider steht ebenfalls auf dem Standpunkte, den Vertreter zurückzugeben, denn es sei höchste Zeit, mit dem Parlamentieren aufzuhören, damit wir uns nicht noch weiter blamierten. Sehen Sie doch andere Gewerbe, wie Tischler, Maurer, Zimmerer usw. an, die ihre Lage verbessern! Wenn wir so weiter arbeiten, verlieren wir den Unterschied zwischen Kapital und Arbeit. (Lebhafte Beifall.) Kollege Hövet born: Seine Ueberzeugung sei es auch, den Vertreter zurückzugeben, aber er müsse dennoch davon abraten. Redner erwartet, daß in den Kreisen der Prinzipale eine Kritik ausbricht, denn die Prinzipale anderer Städte, welche den neuen Tarif bewilligten, würden gegen die Leipziger in Opposition treten. Auch führte Redner die obligatorische Einführung der Prinzipalklasse an. — Ein von ihm eingebrachter Antrag, den Vertreter zu entlassen und gegen die Obligatorisierung der Prinzipalklasse als einen Eingriff in das Koalitionsrecht der Gehilfen zu protestieren, sowie die Durchführung der letzten Vereinbarungen betreffend, fand keine Unterstützung. — Ein weiterer Antrag aus der Mitte der Versammlung, den Gehilfenvertreter zurückzugeben, wurde dagegen mit einem Wald von emporgeschobenen Händen unterstützt. Kollege Kressin: Die Resolution Gash unterschreibe er vollständig, nur die Vertreterentfendung gefalle ihm nicht. (Zustimmung.) Er möchte den Vertreter so lange außer Dienst gestellt wissen, bis die Leipziger Prinzipale die gegebenen Versprechungen einlösen. Der Termin dazu sei nicht zu kurz. Der Zentralvorstand wäre aus schleunigstem Wege die anberaumte Sitzung so lange verschleppen. Redner bringt eine diesbezügliche Resolution ein. Kollege Kiesel: Ich stehe auch auf dem Standpunkte des Kollegen Gash. Vorwärts, meine Pflicht nicht gethan zu haben, muß ich zurückweisen. Ebenso die Versicherungen, daß ich die Gehilfenchaft blamiert habe. Wenn Sie die Prinzipale fragen würden, die würden das direkte Gegenteil von dem behaupten. Die Resolution des Kollegen Kressin ist für mich unannehmbar, diejenige des Kollegen Gash, zu der ich nicht näher sprechen will, bezeichne ich als empfehlenswert. Ich werde versuchen, sie bis zum Tüppelchen über dem i zu vertreten. Auch die Angriffe bezüglich der Verimpfung muß ich zurückweisen. Man sollte die Verhältnisse mehr berücksichtigen und wenn einer schwer darunter zu leiden gehabt hat, so bin ich es. Wenn man seinen Gefühlen nicht folgen kann, dann schlägt man eine Taktik ein, die anscheinend falsch ist und nicht verstanden wird. Mein Standpunkt ist kurz der, daß ich am liebsten mit der ganzen Sache nichts zu thun haben möchte und von vornherein habe ich erklärt, daß die Sache einen andern Verlauf nimmt, als es den Anschein hat. Ich stehe auf dem Standpunkte, daß auf dem Verhandlungsweg überhaupt nichts zu erzielen ist. Aber gewaltsame Erfolge sind auf die Dauer nicht zu halten. Kollege Köhler hat hier den Kollegen Döblin sehr heftig angegriffen. Auch dagegen muß ich entschieden Verwahrung einlegen. Ueber den Wert der Dauer und der Kündigungsfristen des Tarifs habe ich in vertrauten Kreisen meine Meinung geäußert. Wenn wir einen Kontrahenten haben, dem wir den Nachweis führen, daß das nicht eingehalten wird, was eingehalten werden muß, in demselben Augenblicke, zu jeder Minute ist dann auch der andre Teil von seinen Verpflichtungen entbunden. Dann ist es unsere Sache zu handeln. Also, ich werde mir alle Mühe geben, ihren Wünschen entsprechend zu handeln, bitte aber darum, mir nicht die Schuld beizumessen, wenn anders als Ihren Wünschen entsprechend beschlossen werden sollte. Kollege Gash präzisiert nochmals seine Resolution. Redner wendet sich dann dagegen, daß gewaltsam durchgeführte Forderungen nicht von Dauer seien. Wie würde unsere vornehmste Erwerbschaft, die eine 16 1/2 prozentige Lohnerhöhung bedeutende Alphabetberechnung im Jahre 1873 erzielt? Durch Kampf! Und noch heute erfreuten wir uns ihrer. In unserer Kollegen Masse finde eine unwürdige Kraft, die sich nicht so leicht wieder etwas nehmen lasse. Worauf es ankommt, Erkämpfte zu halten, das sei eine gute Organisation, nicht aber werde die Organisation durch eine fünfjährige Verabreichung ausgebreitet, vielmehr würde sie durch die Ruhe, die Luthätigkeit, wie bisher immer, zurückgehen. Seien

wir nicht in den letzten Jahren gerade unter dem Hochdruck der Prinzipale herrlich geliebt? Gewiß, weil der Kampf stärkt. Das haben die Herren erkannt und wollen uns deshalb in eine Zwangsjacke sieden. Was hat der Verband noch für einen Zweck, wenn ihm die Flügel gebunden sind? Unterstützungsstellen können wir billiger haben. Die Dauer der Vereinbarungen zu brechen sei für die Gehilfenchaft fast unmöglich. Man sehe ja, welche Mühe es schon koste, auf dem legalen Wege Zugeständnisse zu erreichen, wie sollte dies erit unter dem Odium des Vertragsbruchs möglich sein? Werde eine solche Erwerbschaft haltbar? Und dann, glaube man, dieselbe Kollegenchaft, der so wenig zugezagt wird, auf besserem illegalen Wege in einen Kampf führen zu können? Uebrigens sei unsere kollegiale Lage viel besser als 1873 zur Zeit der großen Siege. Die hätten 50 Proz. aller Kollegen erloschen, die übrigen wären stehen geblieben. Bei getroffenen Vereinbarungen würden die minder festen Kollegen sich stets auf die Abmachungen stützen und mit moralischen Hinweisen den Eintritt in eine Lohnbewegung ablehnen, demgegenüber die Führer machtlos dastehen würden. Redner betont schließlich, bei Annahme seiner Resolution darauf bestehen zu müssen, daß nur die bezeichneten Wege gewandelt würden. (Bravo.) Nach nochmals vorausgegangener Mahnung, sich ihrer Handlungsweise bewußt zu sein, wurde nummehr zur Abstimmung geschritten und die Resolution des Kollegen Gash, nachdem zuvor Kollege Kressin die seinige zu deren Gunsten zurückgegeben hatte, angenommen, wie der Vorsitzende Eisdler feststellte, einstimmig. Darauf erklärte Kollege Kiesel unter dem Beifall der Versammlung, daß er nicht nach Berlin fahren werde und sein Mandat als Gehilfenvertreter niederlege; in Konsequenz dessen werde er selbstverständlich auch seine übrigen Aemter niederlegen.

Kundschau.

Der Gau Hannover nahm im Jahr 1895 um 91 Mitglieder zu: Bestand am 1. Januar 1892, Zugang 445, Abgang 354, Bestand am 31. Dezember 1153. Lage der Arbeitslosigkeit: 7413; Krankheitsstage: 8732. Aus Verbandsmitteln wurden gezahlt 9379,45 Mk. Reise-, 1894 Mk. Arbeitslosen-, 533 Mk. Unterstützung nach § 2 und Unzugeschloßen, 1513 Mk. Invaliden-, 12793,34 Mk. Kranken-, 179,35 Mk. Begräbnisgeld, 5,20 Mk. für Rechtschutz. Aus der Z. Z. R. 8387 Mk. Invaliden- und 100 Mk. Begräbnisgeld. Aus der Gaukasse 271,50 Mk. Unterstützung und Beiträge für Arbeitslose, 368 Mk. Invalidenzuschuß, 149 Mk. an Ausgesteuerte, 245 Mk. an Nichtbezugsberechtigte. Der Bezirksverein Braunschweig zahlte an Arbeitslose 794,15 Mk., für Kranke aus der Bezirkskrankenliste 3819,24 Mk., der Lokalverein Hannover 399 Mk. Arbeitslosen-, 76 Mk. Unterstützung an Nichtbezugsberechtigte und 92 Mk. Extra-Unterstützung.

Die Verhältnisse in der Druckererei von S. Jenne in Coepnick scheinen für Verbannde nicht eben besonders geeignet, trotzdem haben sich solche gefunden, die nun zu ihrem Schaden erfahren mußten, daß Herr Jenne sie nicht leiden mag. Zwei wurden entlassen, einige andere reichlich in Vorahnung der kommenden Dinge ihre Kündigung ein, während zwei andere trotz alledem und alledem für einige Wochen Zulage ihre Plätze zu behaupten gedachten. Die sanitären Zustände lassen sehr viel zu wünschen übrig und die Behandlung der „Leute“ nicht minder. Auch Seperinnen zieren das Lokal. Dieselben bekommen nach vierjähriger Thätigkeit 9,50 Mk. wöchentlich, was ungefähr den Angaben der Deutschen Frauen-Zeitung (Verleger S. Jenne) entspricht, wonach nach halbjähriger Lehrzeit eine Seperin 25 Mk. verdient und geschickte Arbeiterinnen es bis auf 35 Mk. bringen — natürlich ist monatlich gemeint, während den Lesern glauben gemacht wird, es seien dies Wochenverdienste. Auch bei Einstellung der Beihilfe herrschen eigne Maximen, jüngst wurde sogar ein solcher mit einem Verlöbten eingestellt. Junge Arbeiterinnen, Falzerinnen, erhalten die drei ersten Tage gar nichts, dann 10 Pf. die Stunde, die Seperinnen für Ueberstunden, auch des Sonntags, nur 15 Pf.

In München wurde der frühere Buchdruckerbesitzer, zuletzt Geschäftsführer der Attenbergerschen Buchdruckererei, Jol. Wurr verhaftet unter der Beschuldigung, insgeheim bei Nachtzeit Flugschriften für die Haberer gedruckt zu haben. Nach russischer Art. Wie der Berliner Volkszeitung aus Leipzig berichtet wird, sei in der Verlagsbuchhandlung von Klinschardt ein Kriminalschurmann erschienen und habe die Ordre gebracht, daß in dem Goerlischen Werk über Erziehung und Ausbildung der Mädchen vier Zeilen, die sich auf Frau Lina Morgenstern beziehen, durch Schwarzdrucke unleserlich zu machen seien.

Drei Flugblatt-Verteiler wurden im Hannoverischen von Schiffsen wie Landgericht verurteilt, weil sie zu dieser Beschuldigung den Sonntag gewählt und dadurch die anbedingte sonntägliche Stimmung der Empfänger gestört hätten. Es hatten sich auch einige Leute gefunden, die sich darüber geärgert, daß man ihnen „solche“ Schriften ins Haus bringe. Das Kammergericht hob das Urteil auf, da die Sonntagstrafe nicht getroffen werde, wenn einzelne Leute sich ärgerten, das betreffende Gesetz bedinge Störungen äußerlicher Natur.

Zwei Buchhändler in Altona wurden von der Staatsanwaltschaft beschuldigt, durch Verbreitung des Südb. Postillons zu Gewaltthätigkeiten angereizt zu haben.

